

QUARTALSBERICHT

**Projektland: Maghreb (Tunesien, Algerien,
Marokko)**

Quartal/Jahr: IV/2012

SCHLAGZEILEN TUNESIEN

1. Erneute Unruhen in verschiedenen Regionen des Landes und Spannungen zwischen Regierung und der Gewerkschaft UGTT
2. Gesetz zur neuen Wahlkommission ISIE verabschiedet und Ermittlungsverfahren gegen die ehemalige Wahlkommission eingeleitet
3. Verfassungsgebende Versammlung legt zweiten Vorentwurf der Verfassung zum nationalen Dialog vor
4. Anstieg der internationalen Direktinvestitionen um knapp 30%
5. Weitere Verschlechterung des Rangs auf Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International
6. Übergangsregierung schützt Pressefreiheit auf Druck von Journalisten
7. TV-Produzent Sami Fehri nach Entscheidung des Kassationsgerichtes weiter in Haft

Der Berichtszeitraum war gekennzeichnet durch erneute soziale Unruhen und Streiks in verschiedenen Regionen des Landes und einer Zunahme der innenpolitischen Spannungen zwischen der islamistischen Regierungspartei Ennahdha und den liberalen Kräften. Nachdem sich die politischen Auseinandersetzungen im dritten Quartal vorwiegend zwischen der Ennahdha-Partei und der konservativ-liberalen Partei Nidaa Tounes von Beji Caid Essebsi abspielten, spitzte sich Ende des Jahres ein Konflikt zwischen Ennahdha und der größten tunesischen Gewerkschaft UGTT zu.

Mitte November kam es in der nordtunesischen Provinzhauptstadt Siliana zu Protesten und Straßenschlachten tausender Menschen gegen die schlechten Lebensbedingungen in der Region. Die Demonstranten forderten die Schaffung von Arbeitsplätzen und staatliche Investitionen, sowie den Rücktritt des islamistischen Provinzgouverneurs. Die Polizei ging mit Schrotgewehren und Tränengas gegen die Demonstrationsteilnehmer vor. Dabei wurden über 250

Menschen verletzt; mehrere Demonstranten erblindeten durch die von der Polizei abgefeuerten Schrotkugeln. Im Nachgang der Ereignisse musste die Regierung den Gouverneur aus seinem Amt entlassen. Der tunesische Gewerkschaftsverband UGTT verurteilte das Vorgehen der Sicherheitskräfte und rief zu neuen Demonstrationen auf. Anfang Dezember kam es daraufhin zu Streiks mit einer weitgehenden Beteiligung der Bevölkerung in den südlichen Regionen Sfax, Gafsa, Sidi Bouzid und Kasserine. Nachdem am 4. Dezember 2012 im Rahmen einer Gedenkveranstaltung an den vor 60 Jahren ermordeten UGTT-Gründer der Sitz der UGTT von gewalttätigen Salafisten in der Hauptstadt Tunis angegriffen wurde, rief die UGTT zum landesweiten Generalstreik am 13. Dezember auf. Dieser wurde allerdings am Vorabend nach einem zweitägigen Verhandlungsmarathon zwischen Vertretern der UGTT und der islamistischen Regierung in letzter Minute abgesagt, woraufhin es am 13. Dezember weitgehend ruhig blieb. Beide Seiten unterzeichneten eine Vereinbarung, die die Rolle der UGTT stärken soll und die Untersuchung und Aburteilung der für die Übergriffe auf die UGTT Verantwortlichen vorsieht.

Nach monatelangen Verzögerungen hat die Verfassungsgebende Versammlung nunmehr am 12. Dezember das Gesetz zur neuen unabhängigen Wahlkommission ISIE (*Instance supérieure indépendante pour les élections*) verabschiedet. Dieses entspricht zwar demokratischen Grundsätzen und verhindert eine einseitige parteipolitische Auswahl, durch das Erfordernis einer Zweidrittelmehrheit bei der Wahl der Mitglieder können die Plätze jedoch nur in einem schwierigen, vermutlich langwierigen parlamentarischen Konsensverfahren besetzt werden. Die Wahlkommission wird danach zukünftig aus neun Mitgliedern bestehen. Um eine gewisse Kontinuität der Arbeit der vorherigen Wahlkommission zu garantieren, die die Wahlen vom 23. Oktober 2011 organisierte, sollen der neuen Wahlkommission zusätzlich zwei Mitglieder der ehemaligen Wahlkommission beigeordnet werden. Eine Unterkommission der Verfassungsgebenden Versammlung wird beauftragt in einer ersten Runde 36 Kandidaten mit einer Dreiviertelmehrheit auszuwählen. Die Vollversammlung der Verfassungsgebenden Versammlung wählt dann in einem zweiten Schritt mit einer Zweidrittelmehrheit die 9 Mitglieder der neuen Wahlkommission. Der von den drei Troika-Parteien für den 23. Juni 2013 angekündigte Termin für die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen wird von der neuen ISIE nach logistischen und technischen Erwägungen überprüft werden.

Anfang Dezember hat die tunesische Staatsanwaltschaft überraschend Ermittlungen gegen die ehemalige Wahlkommission unter Vorsitz von Kamel Jendoubi zur Aufklärung der in einem ersten Finanzprüfbericht des Rechnungshofes erwähnten finanziellen und administrativen Unregelmäßigkeiten

eingeleitet. Einige Auszüge des Prüfberichtes waren von interessierten Kreisen den Medien vorab zugeleitet worden.

Mitte Dezember hat die Verfassungsgebende Versammlung einen zweiten Vorentwurf der Verfassung für einen nationalen Dialog vorgelegt, der bis zum 13. Januar 2013 mit Mitgliedern der Zivilgesellschaft in allen Regionen des Landes geführt werden soll. Zu diesem Zweck organisiert die Verfassungsgebende Versammlung mit Unterstützung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) Dialogrunden in sechs unterschiedlichen Gouvernoraten pro Woche, bei der die Teilnehmer der Zivilgesellschaft ihre Kritik und Vorschläge vorbringen können. Der zweite Vorentwurf enthält 149 Artikel und ist in 9 Kapitel untergliedert. Erste Kritik wurde bereits von tunesischen Verfassungsrechtlern geäußert, wonach der Entwurf zahlreiche ungenaue und unbestimmte Begriffe enthalte, die einen zu großen Spielraum für unterschiedliche Interpretationen ließen. Ferner seien die Regelungen bezüglich der Wahl der Richter des zukünftigen Verfassungsgerichtes unzureichend und es fehle die explizite Anerkennung der Universalität der Menschenrechte in der neuen Verfassung.

Die tunesische Zentralbank beurteilt die nationale Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2012 verhalten optimistisch. Die internationalen Direktinvestitionen seien in den ersten elf Monaten des Jahres um 29% gegenüber dem Revolutionsjahr gestiegen. Gleichzeitig sei die Arbeitslosenquote im Vergleich zum vorherigen Quartal um 0,6 Prozentpunkte auf 17% gesunken, wobei allerdings weiterhin ein Anstieg der Arbeitslosen mit Hochschulabschluss zu verzeichnen sei. Auch der Verbraucherpreisindex sei bis November um 5,5% gestiegen, was unter anderem durch den Anstieg der Nahrungsmittelpreise zu erklären sei.

Nach dem Korruptionswahrnehmungsindex (CPI) 2012 von Transparency International nimmt Tunesien mit 41 von insgesamt 100 Punkten nunmehr lediglich Rang 75 ein und hat dabei im Vergleich zum Vorjahr weitere 2 Plätze verloren. Für den CPI 2012 wurden 176 Länder nach der im öffentlichen Sektor – bei Beamten und Politikern – wahrgenommenen Korruption bewertet. Nachdem Tunesien im CPI 2010 noch auf Platz 59 gelegen hatte, hat sich nach der tunesischen Revolution im Januar 2011 der Rang bislang stetig verschlechtert. Übergangspräsident Moncef Marzouki betonte in einer Stellungnahme zu dieser Entwicklung die Dringlichkeit der Schaffung eines nationalen unabhängigen Korruptionskontrollmechanismus. Unter den Mahgrebländern ist Tunesien nach wie vor das am wenigsten korrupte Land vor Marokko an 88. Stelle mit 37 Punkten, Algerien auf Rang 105 mit 34 Punkten und Libyen auf Platz 160 mit nur 21 Punkten.

Auf massiven Druck von Journalisten und der tunesischen Journalistengewerkschaft SNJT hat die Übergangsregierung im Berichtszeitraum einige Maßnahmen zum Schutz der Pressefreiheit ergriffen. Als Reaktion auf einen historischen ersten Generalstreik aller tunesischen Medien seit der Unabhängigkeit des Landes, zu dem die SNJT für den 17. Oktober 2012 aufgerufen hatte, kam die Übergangsregierung einigen Forderungen der Journalisten zur Regelung und zum Schutz des Informationswesens in Tunesien nach. So verkündete sie insbesondere die Anwendung und Umsetzung der bereits von der vorherigen Übergangsregierung verabschiedeten und vom ehemaligen Übergangspräsident Foued Mebazaa am 2. November 2011 unterzeichneten Dekrete 115 (Presse- und Publikationsgesetz) und 116 (Gesetz über die Medienaufsichtsbehörde). Das Dekret 115 dient dem Schutz der Rechte der Journalisten und deren Quellen und verbietet Einschränkungen der Verbreitung von Informationen. Im Dekret 116 ist die Einsetzung einer unabhängigen Medienaufsichtsbehörde vorgesehen, welche die Lizenzen für tunesische Radio- und Fernsehsender ausstellen und mit der Nominierung der Verantwortlichen der öffentlichen Medien betraut werden soll. Die von der Ennahdha-Partei angeführte Troika hatte die Umsetzung dieser beiden seit einem Jahr verkündeten Gesetze bislang abgelehnt.

Nach anhaltenden Protesten bis hin zu Hungerstreiks von Mitarbeitern des Zeitungsverlages Dar Assabah, die wegen der langjährigen und engen Verbindungen von Lotfi Touati mit dem alten Ben Ali Regime gegen dessen Ernennung durch die Regierung Mitte August zum Generaldirektor des Verlages demonstrierten (*zu näheren Einzelheiten siehe auch Quartalsbericht III-2013*), wurde Touati Ende Oktober seines Amtes enthoben und stattdessen zum Generaldirektor des nationalen Dokumentationszentrums ernannt.

Das Strafverfahren gegen Sami Fehri ist in den Blickpunkt der öffentlichen Berichterstattung gerückt. Der tunesische TV-Produzent und Chef von Ettounsiya TV sitzt seit dem 30. August wegen des Verdachts der Veruntreuung von Geldern zum Nachteil des nationalen tunesischen Fernsehens in Haft. Das Kassationsgericht in Tunis befasste sich im Berichtszeitraum mit einer Entscheidung der Anklagekammer, die die erstinstanzliche Strafkammer in Tunis mit der Anklageerhebung gegen Fehri und andere Angeklagte betraute. Am 28. November hob das Kassationsgericht diese Entscheidung bezüglich der Anklageerhebung auf und verwies die Sache zur Entscheidung an die Anklagekammer in neuer Besetzung zurück. Was die Entscheidung bezüglich einer Aufhebung des Haftbefehls und einer Anordnung der Freilassung von Sami Fehri anbelangt, so existieren unterschiedliche sich widersprechende Auskünfte. Das Justizministerium beruft sich darauf, dass sich das Kassationsgericht in seiner Entscheidung nicht mit dem Haftbefehl gegen Sami Fehri als solchem befasst habe

und er damit nach wie vor Bestand habe, weshalb Fehri weiterhin in Haft bleibe. Die Anwälte Fehris behaupten dagegen, es habe eine Freilassungsanordnung des Kassationsgerichtes gegeben, welche noch am gleichen Tage spät am Abend überraschend widerrufen worden sei. Es kam daraufhin zu wiederholten Protesten der Zivilgesellschaft, die die Freilassung Fehris forderten. Fehri selbst begann am 18. Dezember einen Hungerstreik, den er elf Tage später aus gesundheitlichen Gründen beendete. Die Verhandlung der Anklagekammer in neuer Besetzung ist auf den 3. Januar terminiert, wobei die Kammer einen Antrag auf vorläufige Freilassung Fehris ablehnte.

SCHLAGZEILEN ALGERIEN

- 1. Klarer Sieg der Regierungspartei Nationale Befreiungsfront (FLN) bei Kommunalwahlen**
- 2. Frankreich und Algerien wollen bilaterale Beziehungen normalisieren**
- 3. Einzelne Erfolge im Kampf gegen die Terrororganisation al-Qaida im islamischen Maghreb AQMI**

Die Regierungspartei Nationale Befreiungsfront (FLN) des amtierenden Präsidenten Abdelaziz Bouteflika ist wie erwartet als die große Siegerin aus den Kommunalwahlen vom 29. November 2012 hervorgegangen. Die FLN erlangte in 159 der insgesamt 1.541 algerischen Kommunen die absolute und in 832 Kommunen die relative Mehrheit. Die zweitstärkste Partei, die Nationale Demokratische Sammlung (RND), konnte die absolute Mehrheit in 132 Kommunen und eine relative Mehrheit in 215 Kommunen für sich verbuchen. Auf diese beiden Parteien folgen die Unabhängigen, die eine Mehrheit der Sitze in 17 Kommunen gewann, die Sammlung für Kultur und Demokratie (RCD) in 13 Kommunen und die Algerische Volksbewegung (MPA) in 12 Kommunen. Die Beteiligung der über 21 Millionen Wahlberechtigten bei den Wahlen für die Volksversammlungen in den Kommunen (APC) lag bei 44,27%, während die der Wahlen für die Volksammlungen der Wilayas (APW) bei 42,84% lag. Auffällig ist die geringe Wahlbeteiligung in der Hauptstadt Algier, wo lediglich 26,8% der Wähler in die Wahllokale gingen.

Als erster französischer Präsident seit der Unabhängigkeit Algeriens im Jahr 1962 erkannte François Hollande bei seinem zweitägigen Staatsbesuch in Algerien im Dezember 2012 in einer Rede vor dem algerischen Parlament das durch die 132 Jahre lang währende französische Kolonialherrschaft zugefügte Leiden des algerischen Volkes an. Der 1954 begonnene Befreiungskampf gegen die französische Herrschaft kostete bis zur Unabhängigkeitserklärung 1962

hunderttausenden Menschen das Leben. In der Stadt Tlemcen richtete sich Präsident Hollande insbesondere an die algerische Jugend, was bei dieser sehr positiv aufgenommen worden zu sein scheint. Im Rahmen seines Besuches unterzeichneten die beiden Staatschefs Hollande und Bouteflika in Algier eine Freundschafts- und Kooperationserklärung, die unter anderem eine verstärkte Zusammenarbeit der beiden Länder im politischen und wirtschaftlichen Bereich vorsieht. Auch soll der Jugend- und Kulturaustausch intensiviert werden. „50 Jahre nach der Unabhängigkeit Algeriens sind Frankreich und Algerien entschlossen, ein neues Kapitel ihrer Beziehungen aufzuschlagen“, heißt es in der Vereinbarung.

Im Berichtszeitraum sind die algerischen Sicherheitskräfte verstärkt gegen hochrangige Mitglieder der Terrororganisation al-Qaida im islamischen Maghreb (AQMI) vorgegangen. Mitte September wurden in der Kabylei in der etwa 250 Kilometer östlich von Algier gelegenen Region Bejaia drei AQMI-Mitglieder getötet. Unter ihnen befand sich der militärische Befehlshaber der AQMI in der Kabylei, Makhfi Rabah, alias Scheich Abdenacer, zugleich rechte Hand des AQMI-Chefs Abdelmalek Droukdel. Makhfi Rabah hatte sich zu Beginn des Bürgerkrieges in den 1990er Jahren dem Terrornetzwerk angeschlossen und wurde verdächtigt, die meisten Attentate der letzten Jahre in der Kabylei geplant zu haben. Im März 2012 war er in Abwesenheit von einem algerischen Gericht wegen Mordes zum Tode verurteilt worden. Mitte Dezember wurde ferner die Nummer zwei und zugleich Sprecher der AQMI, Salah Gasmi, alias Salah Abou Mohamed, in der Wilaya Bouira, 100 Kilometer östlich von Algier festgenommen. Diese beiden Zugriffe reihen sich in eine Serie von Operationen der algerischen Sicherheitskräfte gegen die Terrororganisation ein, die seit Beginn des Jahres 2012 in der Tötung oder Verhaftung mehrerer AQMI-Mitglieder resultierten und die Terrorgruppe nach Einschätzung einiger Sicherheitsanalytiker durchaus zu schwächen scheinen.

SCHLAGZEILEN MAROKKO

1. **Politische Neuordnung innerhalb von Regierungs- und Oppositionsparteien**
2. **Weiterhin angespannte soziale Situation und Demonstrationen in verschiedenen Regionen des Landes**
3. **Bemühungen um mehr Transparenz in der Presse und Verabschiedung von Gesetzen zur Ratifizierung von Menschenrechtskonventionen**
4. **Richtervereinigung fordert Unabhängigkeit der Justiz**
5. **Wirtschaftslage bleibt relativ stabil**
6. **Erneuter Besuch des UN-Sonderbeauftragten für die Westsahara in Marokko**
7. **Arbeitsreise des Königs Mohammed VI. in die Golfstaaten**
8. **Ministertreffen der Gruppe der Freunde des syrischen Volkes**
9. **Intensivierung der Süd-Süd-Kooperation auf lokaler Ebene**
10. **Festigung der Beziehungen mit der EU und mit europäischen Staaten**

Der Berichtszeitraum war durch eine Stagnation auf politischer Ebene gekennzeichnet. Die Regierungskoalition stand nicht nur durch die Opposition – und dabei vor allem durch die Partei für Authentizität und Modernität PAM (*Parti Authenticité et Modernité*) – vor einer mühsamen Bewährungsprobe, sondern auch aufgrund der innerhalb der Regierungskoalition entstandenen Unstimmigkeiten wegen der Wahl des Populisten Hamid Chabat am 23. Oktober 2012 zum Generalsekretär der Koalitionspartei Istiqlal (Partei der Unabhängigkeit) (zu näheren Einzelheiten siehe auch *Quartalsbericht III/2012*). Auch die Partei Sozialistische Union der Vereinten Volkskräfte USFP (*Union Socialiste des Forces Populaires*) wählte am 16. Dezember 2012 mit Driss Lachgar einen Populisten zu ihrem neuen Generalsekretär. Diese beiden Wahlen bestätigen die aktuelle Tendenz der politischen Neuordnung in Marokko, die darin besteht, populistische Politiker an die Parteispitzen zu bringen.

Am 13. Dezember 2012 verstarb der Führer und Gründer der wichtigsten Oppositionsbewegung "Gerechtigkeit und Spiritualität" (*Al Adl Wal Ihsane*), Scheich Abdeslam Yassine, im Alter von 84 Jahren. Mehrere tausend Menschen nahmen in Rabat an der Trauerzeremonie teil. Die 1973 gegründete islamistische Organisation ist aufgrund ihrer kritischen Haltung gegenüber der Monarchie offiziell verboten, wird aber von den marokkanischen Behörden toleriert. Sie gilt als eine der wichtigsten Oppositionsbewegung und nahm zuletzt an der Seite der Bewegung „20. Februar“ an den Demonstrationen während des arabischen Frühlings 2011 teil.

Aufgrund der nicht den Erwartungen entsprechenden Ergebnisse der großen Reformen im Sozial- und Arbeitsbereich, ist die soziale Situation in Marokko weiterhin sehr angespannt und es finden immer wieder spontane Demonstrationen statt. Mitte November wurde beispielsweise eine Demonstration von mehreren Dutzend Anhängern der Bewegung „20. Februar“ und Mitgliedern der marokkanischen Menschenrechtsorganisation (*Association Marocaine des Droits de l'Homme*) AMDH vor dem Parlament in Rabat gegen die im Haushaltsgesetzesentwurf für 2013 vorgesehenen hohen Ausgaben des Königspalastes gewaltsam aufgelöst. Am 28. Dezember 2012 wurden nach Angaben des Innenministeriums bei einer Demonstration gegen hohe Lebenshaltungskosten in Marrakesch etwa 30 Demonstranten wegen Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration, Vandalismus und Gewalt festgenommen. Insgesamt befinden sich derzeit laut marokkanischen Menschenrechtsorganisationen etwa 70 Demonstranten und Aktivisten in Haft.

Im Demokratisierungsprozess in Marokko sind nach wie vor Verletzungen der Pressefreiheit zu beklagen. So wurde beispielsweise einem Journalisten der französischen Presseagentur AFP (*Agence France-Presse*), Omar Brousky, Anfang Oktober die Akkreditierung für Marokko entzogen als Reaktion auf seine Stellungnahme zu den Teilwahlen in Tanger-Asilah, in der er Kandidaten der Partei PAM als „dem Königshaus nahe stehend“ bezeichnet hatte. Andererseits sind aufgrund der öffentlichen Berichterstattung in der Presse über existierende Rechtsverstöße nunmehr verstärkt Bemühungen um mehr Transparenz feststellbar. Einige von den Regierungsinstanzen veröffentlichten und zum Teil sehr kritischen Berichte stehen im Sinne dieser Transparenzbemühungen, wie beispielsweise der am 30. Oktober 2012 veröffentlichte Spezialbericht des Nationalen Rates für Menschenrechte CNDH (*Conseil National des Droits de l'Homme*) über die Situation in den marokkanischen Gefängnissen. Darin werden die unmenschliche und herabwürdigende Behandlung der Inhaftierten durch das Gefängnispersonal kritisiert und die Nichteinhaltung der gesetzlichen Vorschriften bemängelt. Am 1. November nahm der Regierungsrat drei Gesetzesentwürfe zur Ratifizierung des Fakultativprotokolls der Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, des Fakultativprotokolls zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, sowie des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe an. Zusätzlich wurden am 31. Dezember 2012 drei Gesetzesentwürfe zur Ratifizierung der europäischen Konventionen zum Schutz von Kindern und für Kinderrechte angenommen.

Unter den noch ausstehenden großen Reformen befindet sich die Justizreform, die weiterhin Schwerpunkt des Legislativ- und Arbeitsprogramms des Parlaments ist.

Bei der Eröffnung der Parlamentssitzung im Herbst betonte König Mohammed VI. die Erforderlichkeit der Ausarbeitung der noch 15 ausstehenden Organgesetze. Anfang Oktober demonstrierten etwa 800 Richter vor dem Berufungsgericht in Rabat und forderten die Unabhängigkeit der Justiz. Ein am 5. November 2012 erfolgtes Treffen zwischen dem Justizminister, Mustapha Ramid, und dem Vorsitzenden der Richtervereinigung, Yassine Moukhli, ermöglichte eine Kompromissfindung für die Forderungen der Richtervereinigung bezüglich der Unabhängigkeit der Justizgewalt und der Verbesserung der materiellen und sozialen Bedingungen der Richter.

Trotz der weltweiten schlechten Wirtschaftslage erweist sich die marokkanische Wirtschaft als relativ stabil. Der Haushaltsgesetzesentwurf für das Jahr 2013, mit einem prognostizierten Wirtschaftswachstum von 4,5 %, wurde Mitte Oktober vom Regierungsrat angenommen, die Prognose des Internationalen Währungsfonds liegt hingegen bei 5,5 %. Insgesamt wurden von verschiedenen Parlamentsgruppen mehr als 250 Abänderungsvorschläge bezüglich des Zolls, der indirekten Steuern und eines allgemeinen Steuergesetzes eingereicht, was einer Rekordzahl entspricht. Die wirtschaftliche Stabilität Marokkos wurde auch von den US-Kredit-Ratingagenturen Standard&Poor's (S&P) und Fitch Ratings bestätigt. Die langfristige Kreditwürdigkeit Marokkos wurde im Berichtszeitraum erneut (wie bereits 2010) mit der Note „BBB-“ bewertet. Marokko befindet sich somit auf gleichem Niveau wie Spanien, dessen Kreditwürdigkeit von S&P um zwei Stufen auf „BBB-“ herabgesetzt wurde.

Auf außenpolitischer Ebene stand im Berichtszeitraum der Besuch des UN-Sonderbeauftragten für die Westsahara, Christopher Ross, vom 27. Oktober bis zum 3. November 2012 in Marokko im Mittelpunkt, der zum Ziel hatte, den politischen Prozess zur Konfliktlösung wieder in Gang zu bringen. Ross plädierte bei der Präsentation der Ergebnisse und Empfehlungen dieser Arbeitsreise vor dem UN-Sicherheitsrat Ende November für eine Änderung der Konsultationsstrategie in der Hinsicht, dass die Treffen zwischen marokkanischen Regierungsvertretern und der Polisario zukünftig auf diplomatischer anstatt auf informeller Ebene stattfinden sollten.

Im Berichtszeitraum widmete sich König Mohammed VI. zudem verstärkt den Außenbeziehungen mit den Golfstaaten und der MENA-Region, um insbesondere die strategischen Beziehungen mit den Ländern des Nahen Ostens zu vertiefen. Er reiste vom 16. bis 23. Oktober 2012 in Begleitung einer offiziellen zwölköpfigen Delegation, bestehend aus seinen Beratern und Regierungsmitgliedern, in die vier Golfstaaten Saudi-Arabien, Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate und Kuwait, sowie nach Jordanien. Im Mittelpunkt der Gespräche mit den Staatsoberhäuptern

der fünf Länder stand die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Ein weiterer Diskussionspunkt war die Akkreditierung des in Katar ansässigen Satellitensenders Al-Jazeera, dem 2010 in Marokko jegliche Aktivitäten untersagt worden war und der durch die grundsätzliche Zustimmung des Parlaments am 20. November sein Büro wieder öffnen durfte. Im Rahmen dieser Reise nutzte der König die Gelegenheit, um die Umra-Pilgerfahrt durchzuführen, bei der er von seiner Beraterin Zoulikha Nasri begleitet wurde, was in einem Land wie Saudi-Arabien als eine sehr klare Botschaft des Monarchen hinsichtlich der Stellung der Frau zu werten ist.

Ein weiteres wichtiges außenpolitisches Ereignis war die am 12./13. Dezember in Marrakesch durchgeführte vierte Ministerkonferenz der Gruppe der Freunde des syrischen Volkes, an der Vertreter von 114 westlichen und arabischen Staaten sowie mehrerer internationalen Organisationen und Anhänger der syrischen Opposition teilnahmen. Laut der Abschlusserklärung erkennen alle Teilnehmer die Syrische Nationale Koalition als legitimen Vertreter des syrischen Volkes an und sprechen dem syrischen Staatschef Baschar al-Assad jedwede Legitimität ab.

Wie bereits zuvor mehrmals berichtet wurde, verfolgt Marokko weiterhin konsequent seine Strategie der Süd-Süd-Kooperation. Die Zusammenarbeit mit anderen afrikanischen Staaten konnte im Berichtszeitraum nicht nur auf nationaler sondern auch auf lokaler Ebene intensiviert werden. An der 6. Auflage des vom 4.- 8. Dezember in Dakar organisierten Forums für afrikanische Gebietskörperschaften, dem sogenannten Africité-Gipfel, nahm unter Leitung des Innenministers, Mohand Laenser, eine marokkanische Delegation bestehend aus etwa 300 Personen teil, um über die Herausforderungen und Probleme der Gebietskörperschaften auf dem afrikanischen Kontinent zu diskutieren. Die Idee einer afrikanischen Akademie für Lokalabgeordnete, deren Gründung bereits im Dezember 2009 im Zuge des 5. Africité-Gipfels in Marrakech empfohlen worden war, wurde im Rahmen des diesjährigen Gipfels durch die Bereitschaft des marokkanischen Innenministers, diese Akademie in Marokko zu eröffnen, weiter konkretisiert. Ziel dieser Akademie, die ihre Arbeit bereits Anfang 2013 aufnehmen sollte, ist die Aus- und Weiterbildung von lokalen Abgeordneten und Mandatsträgern. Mohand Laenser äußerte ebenso den Wunsch, einen Unterstützungsfond für die dezentralisierte Süd-Süd-Kooperation einzurichten.

Im Berichtszeitraum konnte zudem eine Festigung der Beziehungen zwischen Marokko und der Europäischen Union, sowie mit mehreren europäischen Staaten beobachtet werden. Die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, traf mit dem Regierungschef Abdelilah Benkirane, und dem Minister für auswärtige Angelegenheiten und

Zusammenarbeit, Saad-Eddine El Othmani, am 5. November in Rabat zusammen. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen die Syrienkrise und der Konflikt in Mali. Diesbezüglich fand ferner ein Treffen zwischen dem UN-Sondergesandten für die Sahelzone, Romano Prodi, und El Othmani am 20. November 2012 in Rabat statt. Auf EU-Ebene wurde neben der sicherheitstechnischen Kooperation, die Zusammenarbeit im Bereich der Industrie und des Tourismus durch die Unterzeichnung von drei Abkommen im Industriebereich und einer Protokollvereinbarung zur Stärkung der touristischen Zusammenarbeit gestärkt. Zuvor war bereits im Rahmen des 10. spanisch-marokkanischen Treffens unter Vorsitz der beiden Regierungschefs, Abdelilah Benkirane und Mariano Rajoy, mit Spanien ein strategisches Partnerschaftsabkommen im Bereich der kulturellen, bildungstechnischen und sportlichen Entwicklung und Zusammenarbeit, sowie mehrere Konventionen in den Bereichen Diplomatie, Tourismus, Transport und elektronische Verwaltung unterzeichnet worden. Neben Spanien forciert derzeit auch Frankreich eine Stärkung der bilateralen Kooperation mit Marokko. Der französische Premierminister Jean-Marc Ayrault unternahm Mitte Dezember eine zweitägige Arbeitsreise nach Marokko, in Begleitung einer siebenköpfigen Delegation bestehend aus den wichtigsten Ministern und Ministerinnen Frankreichs (Innen-, Justiz-, Außen-, Außenhandels-, Frauenrechts- und Bildungsminister/-innen, sowie dem Minister für die Belebung der Produktion). Während dieser Reise wurden vor allem die Bestrebungen Frankreichs zur Festigung einer privilegierten Partnerschaft mit Marokko hervorgehoben. Im Rahmen der Sitzung der gemischten französisch-marokkanischen Kommission am 13. Dezember in Rabat, unter Vorsitz der beiden Regierungschefs, Abdelilah Benkirane und Jean-Marc Ayrault, wurden 13 Kooperationsabkommen unterzeichnet, darunter zwei Darlehensabkommen in Gesamthöhe von 170 Millionen Euro, die von der französischen Agentur für Entwicklung AFD (*Agence Française de Développement*) zur Finanzierung mehrerer Entwicklungsprojekte in Marokko genehmigt wurden. Schließlich wurden mehrere Finanzierungsabkommen in Gesamthöhe von mehr als 970 Millionen Euro zur Unterstützung der Strom- und Trinkwasserversorgung, zur Finanzierung eines Elektrizitätsnetzes, zur Konstruktion des ersten Solarkraftwerkes in Marokko (Ouarzazate), sowie zur Realisierung von Entwicklungsprojekten seitens der Europäischen Investitionsbank EIB, der französischen Entwicklungsagentur AFD und der deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) unterzeichnet.

Der Autor **Dr. Jürgen Theres** ist Regionalbeauftragter der Hanns-Seidel-Stiftung für den Maghreb in Tunis, Tunesien.

Der Bericht wurde unter Mitarbeit von **Christina Kerll**, stellvertretende Regionalbeauftragte und **Juliette Borsenberger**, Büroleiterin Rabat/Marokko erstellt.

IMPRESSUM

Erstellt: 10.01.2013

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: ijz@hss.de | www.hss.de